

VON
FRANZISKA TSCHINDERLE
UND GREGOR MAYER

AUF EINER LINIE
Viktor Orbán hat Janez
Janša's Partei 2018 im
Wahlkampf unterstützt,
ungarische Geschäfts-
leute haben in regie-
rungsfreundliche Me-
dien in Slowenien
investiert.

Am Ende ging alles sehr schnell. Mittwoch der abgelaufenen Woche, kurz vor elf Uhr, hatte Manfred Weber, der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, die nötige Zweidrittelmehrheit beisammen, um das Regelwerk so zu ändern, dass alle Abgeordneten einer Partei suspendiert werden können. Auf wen das abzielte, war alles andere als ein Geheimnis: die zwölf Fraktionsmitglieder der ungarischen Partei Fidesz.

Viktor Orbán, Fidesz-Chef und Ungarns Ministerpräsident, brauchte bloß zehn Minuten, um einen Brief an Weber zu veröffentlichen. Der Inhalt: Austritt aus der Fraktion, um dem Rausschmiss zuvorzukommen. Ein Ende mit Schrecken also, nachdem es lange nach einem Schrecken ohne Ende ausgesehen hatte.

Beide Seiten jubelten demonstrativ. „Endlich können wir frische Luft atmen!“, schrieb Fidesz-Chef-Publizist Zsolt Bayer am Donnerstag im Regierungssprachrohr „Magyar Nemzet“. „Der Fidesz hat nun seine Handlungsfreiheit in der europäischen Politik zurückgewonnen. Man muss sich nicht mehr an die Liberalen und Linken anpassen!“ Und Manfred Weber erklärte, endlich sei der Streit geklärt, und die geeinte EVP könne sich auf die Zukunft konzentrieren.

Allzu lange hatte die EVP mit sich gerungen. Wie sollte sie mit Orbán verfahren, der weder Medienfreiheit noch Unabhängigkeit der Justiz achtet und der eine „illiberale Demokratie“ anstrebt? Jetzt ist alles klar. Wer politisch so denkt und handelt, hat in der EVP keinen Platz. Aber stimmt das auch? Der folgende Vorfall ereignete sich in einem Mitgliedstaat der EU, in dem ein Ministerpräsident regiert, dessen Partei der EVP angehört.

Der Brief, der am 7. Dezember 2018 auf dem Schreibtisch von Mojca Pašek Šetinc landet, legt für einen Tag RTV Slovenija lahm. Sloweniens öffentlich-rechtlicher Rundfunk liegt in einem grauen Büroblock im Herzen von Ljubljana. Die Journalistin Pašek Šetinc, 49, arbeitet seit 25 Jahren für den Sender, mit rund 2300 Mitarbeitern das größte Medienunternehmen des Landes.

An jenem Dezembertag wird der Eingang zum Redaktionsgebäude mit Absperrbändern gesichert. Männer in oranger Sicherheitsmontur rücken an, um das weiße Pulver im Briefumschlag zu untersuchen. Weil es sich um eine giftige Substanz handeln könnte, sind sie mit Gesichtsvisionen und Gummihandschuhen ausgestattet. „Zum Glück“, erzählt Pašek Šetinc, „war es nur Mehl.“ Das Foto des Briefes hat sie bis heute auf ihrem Smartphone gespeichert. Darin heißt es: „Wenn ich er wäre, dann würde ich euch die Schädel einschlagen.“

Wer mit „er“ gemeint war, ist kein Geheimnis in Slowenien. 2016 klagte Pašek Šetinc den heutigen Regierungschef Janez Janša wegen Verleumdung. Janša, damals Oppositionsführer, hatte sie auf Twitter eine „Prostituierte“ genannt, die für 35 Euro nach der Pfeife ihres Zuhälters tanze. Mit „Zuhälter“ war Milan Kučan gemeint, im ehemaligen Jugoslawien ein hoher Funktionär der Kommunistischen Partei (KP) und Präsident Sloweniens nach der Unabhängigkeit. Als junger Mann war Janša selbst Mitglied der KP gewesen. Später kämpfte er als Dissident für De-



Rechtsverbindlich

Die EVP-Fraktion verabschiedet sich von der ungarischen Fidesz. Doch in ihren Reihen wartet bereits ein weiterer Problemfall. Wieder ein Nachbar Österreichs. Und wieder schweigt die ÖVP.



APA/AFP/BUNDESKANZLERAMT/DRAGAN TATIC

POLIT-WANDERN
Sebastian Kurz beim Wandern mit Janša im September 2020. Eine Woche zuvor war ein alarmierender Bericht über die Pressefreiheit in Slowenien vorgelegt worden.

mokratie und Meinungsfreiheit. Heute baut der 62-Jährige diese Errungenschaften als Ministerpräsident Stück für Stück zurück.

Janša spricht immer wieder von einem „deep state“, der unter rechten Verschwörungstheoretikern beliebten Theorie eines „tiefen Staates“. In diesem Weltbild wird Slowenien von einer kleinen, einflussreichen Gruppe rund um den Ex-Präsidenten geführt. „Kučan ist mittlerweile in Pension und 80 Jahre alt“, sagt Pašek Šetinc, „aber Janša denkt, dass er mir und anderen Journalisten Befehle erteilt.“

Ein Regierungschef, der Verschwörungstheorien verbreitet und Journalisten auf Twitter diffamiert? Janša, ein passionierter Bergsteiger, ist dabei, der Donald Trump der Karawanken zu werden. Als einziger EU-Regierungschef weigerte er sich, dem neuen US-Präsidenten Joe Biden zum Sieg zu gratulieren.

Slowenien, das südlich von Österreich gelegene Zwei-Millionen-Einwohner-Land, übernimmt am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft. Dann werden alle Augen auf Janša gerichtet sein, ein Mann, der seit 30 Jahren Politik macht und bereits zwei Mal Ministerpräsident war, im Rest Europas aber weitgehend unbekannt ist. Seit März 2020 regiert seine rechtskonservative Slowenische Demokratische Partei (SDS) mit hauchdünner Mehrheit. Nachdem er Mitte Februar ein Misstrauensvotum im Parlament überstanden hat, setzt er seinen autoritären Kurs unbeirrt fort.

Journalisten – etwa der österreichischen Tageszeitung „Kleine Zeitung“ oder des US-Magazins „Politico“ – diffamiert Janša als Lügner. Im Mai 2020 veröffentlichte er einen Brief auf der offiziellen Regierungswebsite, der den Titel „Kampf mit den Medien“ trug. Darin ruft er dazu auf, die „Lügenmonopole“ zu durchbrechen. „Es ist nur gut für unsere Gesundheit, wenn wir diese Medien nicht lesen“, rät Janša. Nach einer Ermahnung des Europarates argumentierte die slowenische Regierung, die Zitate seien aus dem Zusammenhang gerissen worden.

Im Gespräch mit profil erzählen slowenische Journalisten von verbalen Drohungen, von finanziellem Druck und auch von Selbstzensur. Neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den Janša als „totalitär“ bezeichnet hat, steht jetzt auch die staatliche Nachrichtenagentur (STA) im Visier. Die Regierung hat ihr unlängst den Geldhahn zugedreht. „Im Februar konnten den Journalisten dort keine Gehälter ausgezahlt werden“, erzählt ein Journalist, der anonym bleiben möchte. Insbesondere Frauen werden zur Zielscheibe. Janša hat ihnen einen Hashtag gewidmet. #Presstitution, ein Wortspiel aus Presse und Prostitution.

Janšas wichtigste Waffe fasst 270 Zeichen: sein Twitter-Account. Dort erklärte er Joe Biden zu einem der „schwächsten Präsidenten in der Geschichte der USA“. In der Vergangenheit teilte er eine Solidaritätsbekundung mit Martin Sellner, Sprecher der rechts-extremen Identitären Bewegung in Österreich. „Jansa macht eine ähnliche Politik wie die AfD in Deutschland“, sagt der slowenische Politikwissenschaftler Alem Maksuti. Er warne vor „dem Verlust von Identität, dem Ende des Nationalstaates und Migranten“.

Gleichzeitig schafft es Janša, als proeuropäischer Demokrat wahrgenommen zu werden.

Am 8. September 2020 bestieg er mit Sebastian Kurz den Triglav, den höchsten Gipfel Sloweniens. „Wir haben sehr viel, was uns verbindet und wo wir an einem Strang ziehen“, erklärte Kurz gegenüber der Presse in Ljubljana.

Eine Woche zuvor hatte das „International Press Institut“ (IPI), eine Organisation zur Einhaltung der Pressefreiheit mit Sitz in Wien, einen alarmierenden Bericht vorgelegt. Darin heißt es: „Der Export ungarischer Methoden nach Slowenien sollte die Staats- und Regierungschefs der EU beunruhigen.“ Eine Anfrage von profil an das Bundeskanzleramt, ob Sebastian Kurz Janez Janša beim Wandern auf das Thema angesprochen hat, blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Die EVP, die größte Fraktion im EU-Parlament, steht vor einem Dilemma, das sie mit dem Rauswurf von Orbán gelöst zu haben glaubt – und das mit dem Slowenen Janez Janša eine Fortsetzung finden könnte. Wie umgehen mit Parteifreunden, die von der bürgerlichen Mitte an den rechten Rand abgerutscht sind?

Vielleicht hilft ein Rückblick auf die Vorgänge in Budapest, wo Viktor Orbán den Weg in die illiberale Demokratie angetreten hat. Die Geschichte, wie es dazu kam, ist reich an Missverständnissen, Verletzungen und opportunistischen Seitenwechseln. Sie gleicht einer gescheiterten Ehe, die einst als Liebesbeziehung begann.

Ende der Achtzigerjahre galt Orbán noch als „shoo-

ting star“ der europäischen Politik und als Hoffnungsträger des neuen, demokratischen Ostens. In einem Studentenheim gründet er 1988 Fidesz, den Bund junger Demokraten. Orbán und seine Mitstreiter sind junge Liberale und warten sehnsüchtig auf die Wende. Unterstützt werden sie unter anderem von der österreichischen ÖVP und dem US-Mäzen George Soros. Die Wiener Volkspartei schickt Plakatstände, Soros einen Drucker und Startkapital. Heute ist Soros Orbáns größter Feind.

Nachdem 1994 die Sozialisten siegen, färbt Orbán den Fidesz von liberal auf konservativ um. In seiner ersten Regierungszeit von 1998 bis 2002 machte er mit einem Kult um die mittelalterliche Stephanskrone völkische Symbolpolitik und bindet Kräfte am rechten Rand ein. 2000 wechselt Fidesz von der Liberalen Internationalen (LI) zur EVP. Dort schöpfte damals niemand Verdacht, ganz im Gegenteil: Man freut sich über jede neue Mitgliedspartei.

„Wir müssen nur einmal gewinnen, das aber ordentlich“, schärfte Orbán kurz vor der Wahl 2010 seinen Anhängern ein. Und tatsächlich: ein fulminanter Wahlsieg von 53 Prozent beschert ihm eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Als Orbán Gesetze erlässt, die es ihm ermöglichen, die Medienfreiheit einzuschränken und Gerichte mit loyalen Gefolgsleuten zu besetzen, beginnen Teile der EVP aufzuhorchen. Darunter Viviane Reding, ehemalige Vizepräsidentin der EU-Kommission und Mit-

glied der Luxemburger Partei CSV, die bereits 2015 einen Ausschluss von Fidesz forderte.

Die deutschen Bruderparteien CDU und CSU halten sich mit Kritik zurück, nicht zuletzt deswegen, weil Autohersteller wie Audi und Mercedes in Ungarn produzieren. 2020 kaufte die ungarische Regierung Leopard-Panzer und Artilleriegeschütze aus deutscher Produktion.

2015 avanciert Orbán zum Gegenspieler der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und ihrer „Wir-schaffen-das“-Politik in der Migrationskrise. Er inszeniert sich als Grenzwächter an der europäischen Außen-grenze, wo er einen 175 Kilometer langen Zaun errichtet. Das schreckt die CSU-Granden Horst Seehofer und Markus Söder nicht ab, ganz im Gegenteil: Sie laden Orbán zu ihren Fraktionsklausuren nach Oberbayern ein (zu Orbáns Verbindungen zu österreichischen Unternehmern siehe Wirtschaft, Seite 38).

2018 verfasst die grüne Europaabgeordnete Judith Sargentini einen Bericht über die desolade Lage des Rechtsstaats in Ungarn. Er sollte als Grundlage für die Aktivierung eines Artikel-7-Verfahrens dienen, das zur Aussetzung von Stimmrechten in der EU führen kann. Den Bericht nimmt das Europaparlament mit klarer Mehrheit an – auch die EVP-Fraktion stimmt mehrheitlich für das Dokument.

Orbán geht zum Gegenangriff über. Er wirft der EVP vor, zum liberalen Mainstream geworden zu sein. 2019, im Jahr der Europawahl, startet er eine Kampagne

„Janša macht ähnlich Politik wie die deutsche AfD.“

Alem Maksuti, Politikwissenschaftler



Darum gibt's das Lernhaus vom KURIER.

Mit kostenloser, professioneller Lernunterstützung. Damit jedes Kind die Chance auf eine selbstbestimmte Zukunft hat.

Helfen Sie jetzt mit Ihrer Spende!

IBAN: AT71 3100 0000 0099 9995
Onlinespende: kurierlernhaus.at

**SPENDE
STEUERLICH
ABSETZBAR**
Reg. Nr.
SO 2234



gegen Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Auf Plakaten lässt er ihn als Marionette des ungarischstämmigen Milliardärs George Soros darstellen. Die EVP ringt sich zu einer Suspendierung der Parteimitgliedschaft des Fidesz durch. Der Status der Fidesz-Gruppe in der EVP-Fraktion bleibt davon jedoch unberührt.

Nach Juncker findet Orbán ein neues Feindbild: Fraktionschef Manfred Weber (siehe Interview), dessen Wahl zum Kommissionspräsidenten er torpediert. Ende 2020 folgt die bislang letzte Eskalation: der EU-Rechtsstaatsmechanismus. Seit Jahren wird in Brüssel darüber debattiert, ob EU-Förderungen an Kriterien wie etwa Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden sollen. Orbán stellte sich quer: Er drohte damit, den nächsten Sieben-Jahres-Haushalt und das Corona-Hilfspaket per Veto zu blockieren. Die deutsche Kanzlerin Merkel vermittelt. Im Gegenzug für den Vetoverzicht bekommt Orbán zugesichert, dass der Rechtsstaatsmechanismus erst nach einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof wirksam werden soll – voraussichtlich nach der nächsten ungarischen Wahl im Frühjahr 2022.

Vergangenem Mittwoch dann: der Schlusstrich. Während die deutschen Unionsparteien CDU und CSU diesmal mehrheitlich für jene Satzungsänderungen votierten, die Orbán letztlich zum Selbstauschluss zwangen, verweigerte – mit Ausnahme des Abgeordneten Otmar Karas – die gesamte ÖVP-Delegation ihre Zustimmung. Im Gespräch mit profil betont Karas, dass es bei der Abstimmung um gemeinsame Werte gegangen sei. Die EVP habe gezeigt, dass sie sich nicht erpressen lasse. „Das stärkt uns nach innen und nach außen“, so Karas.

Innerhalb seiner Delegation steht Karas damit allein da. Angelika Winzig, ÖVP-Delegationsleiterin, vertritt im Gespräch mit profil vor der Abstimmung weiterhin die Ansicht, dass man mit Orbán in Dialog treten müsse, da man ihn sonst „zum Märtyrer“ mache. Fidesz kollektiv auszuschließen, gleiche einer „Sippenhaftung“. Jetzt, mitten in der Pandemie, sei der falsche Zeitpunkt, um sich mit Parteiinterna auseinanderzusetzen.

Darauf angesprochen dreht Karas den Spieß um. Nicht die EVP nehme den Fidesz in Sippenhaftung, sondern Orbán den Fidesz.

Die Kluft zwischen den Positionen von Karas und Winzig ist exemplarisch für ein existenzielles Problem der konservativen Parteien: Wo ziehen sie die rote Linie zu sich autoritär gebärdenden Rechtspolitikern? Lässt man Hardliner auf der Strecke, um das eigene Gesicht zu wahren? Oder hofft man, dass sie sich irgendwann zähmen lassen?

Sloweniens Partei SDS könnte zum nächsten Testfall werden.



MATEJA JORDOVIĆ / POTOČNIK

„Ich kann nicht mehr so arbeiten wie früher.“

Mojca Pašek Šetinc, Journalistin bei RTV Slovenija

profil hat bei Ministerpräsident Janez Janša um ein Interview angefragt, damit er zu den Vorwürfen, er würde Journalisten attackieren, Stellung nehmen kann. Wegen der Pandemie sowie der Vorbereitung auf die EU-Ratspräsidentschaft habe Janša „keine Zeit“, antwortete das Kabinett. In dem E-Mail heißt es außerdem, die Vorwürfe gegen Janša würden „von der Opposition konstruiert und ins Ausland exportiert“.

Nach Rücksprache mit der Slowenischen Journalisten-Vereinigung, die bestätigt, dass sich die Vorfälle mittlerweile häufen, bat profil Janša erneut um eine Stellungnahme. Anstelle einer Antwort auf die Fragen schickt sein Büro einen Tweet von Janša mit der Bitte, diesen in voller Länge abzudrucken. Er lautet wie folgt: „Ich kämpfe seit 1988 für Pressefreiheit. Damals schickten mich die slowenischen Kommunisten ins Militärgefängnis, weil ich beabsichtigte, die Wahrheit zu schreiben. Deshalb lasse ich mir keine Vorträge von Menschen halten, die in Reichtum geboren wurden und von den Lügen der extremen Linken gespeist werden.“

Der Kampf Janez Janšas gegen die Medien ist auch der Kampf von Orbán geworden. Seit Jahren expandieren ungarische Investoren auf den slowenischen Medienmarkt. Laut dem Investigativ-Portal „Necenzurirano“ sollen seit 2018 vier Millionen Euro nach Slowenien geflossen sein, darunter auch an die Plattform „Nova24TV“, eine Art slowenisches Breitbart. Fotomontagen zeigen George Soros als Marionettenspieler, an dessen Fäden Politiker hängen (siehe auch Profil 06/2021). Nova24TV, das 2015 von Mitgliedern der SDS-Partei gegründet wurde, fungiert heute als wichtigstes Sprachrohr der Regierung. Seit der Corona-Krise hat Janša dort eine wöchentliche Show. Die Online-Artikel wettern gegen Flüchtlinge, Roma oder Homosexuelle. In Live-Debatten wurden in der Vergangenheit Gäste eingeladen, die den Holocaust anzweifeln. Nach der US-Wahl berichtete Nova24TV von einem Wahlbetrug „historischen Ausmaßes“, obwohl es dafür keinerlei Belege gab. Mojca Pašek Šetinc, jene Frau, die Janša auf Verleumdung klagte, wird als „Aktivistin“ diskreditiert. Weil sie mit Janša in einen Rechtsstreit verwickelt ist, darf sie mittlerweile nicht mehr über Innenpolitik berichten. Heute moderiert sie Talk-Shows, anstatt über Korruptionsfälle zu recherchieren. „Ich kann nicht mehr so arbeiten wie früher, und das wegen eines einzigen Tweets“, sagt sie. Dafür ist Aleš Hojs, Ex-Generaldirektor von Nova24TV, in die Politik gewechselt. Er ist jetzt Janšas Innenminister.

Von profil auf Slowenien angesprochen, fordert Manfred Weber, eine „Fact-Finding-Mission“ nach Ljubljana zu schicken, um zu prüfen, was dort vor sich gehe. „Ich finde, man muss allen zuhören“, so Weber. Das klingt ein bisschen wie damals, als man noch die Hand nach Orbán ausgestreckt hat. ■

„Orbán lebt von Feindbildern“

EVP-Chef Manfred Weber über den Bruch mit der ungarischen Fidesz, die Zusammenarbeit mit Sebastian Kurz und wieso Konservative eine deutliche Trennlinie zu Rechtspopulisten ziehen müssen.

profil erreicht Manfred Weber auf der Heimfahrt von Brüssel nach Bayern. Er sitzt im Auto, kurz vor Köln. Coronabedingt verbringt er wieder viel Zeit zu Hause, viele Reisen fallen aus, die Videokonferenzen erledigt er meist im Homeoffice.

profil: Sie haben den Streit mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und seiner Fidesz-Partei auch öffentlich über die Medien ausgetragen. Sie haben ihm unter anderem vorgeworfen, er wolle Europa zerstören. Er fragte Sie, ob Sie die Ungarn für „Europäer zweiter Klasse“ halten. Ist der Austritt der Fidesz für Sie ein persönlicher Sieg?

Weber: Für mich war die Entscheidung von Fidesz, die Fraktion zu verlassen, keine Freude. Europa braucht das Miteinander, das Brückenbauen, und ich habe das mit Viktor Orbán auch jahrelang so gehandhabt, ob als Fraktionschef oder als Spitzenkandidat der EVP. Die Grund-DNA Europas ist es, zusammenzuführen. Aber wer Europa als Prellbock nutzt, wer pro-

vokativ gegen „die in Brüssel“ auftritt und bei den Rechtsstaatsfragen nicht klar Position bezieht, der verlässt die Grundprinzipien der Christdemokratie.

profil: Orbán wird bei Auseinandersetzungen gern persönlich. Wie war es für Sie, ihm gegenüberzustehen?

Weber: Ich kann das gut abschütteln und nehme Sachen nicht persönlich. Ich greife dann lieber zum Hörer und frage: Was soll denn das jetzt? Und wie soll es weitergehen? Aber Sie haben recht: Der politische Ansatz von Orbán lebt davon, dass er ein personalisiertes Feindbild schafft.

profil: Sind Sie erleichtert, dass der Dauerstreit nun endlich ein Ende hat?

Weber: Die Sache ist für die Fraktion geklärt, wir können in der EVP jetzt wieder inhaltlich arbeiten. Erleichterung ist der falsche Begriff, denn wir verlieren nicht nur den Fidesz, sondern auch Kollegen, die sachlich einen guten Job gemacht haben. Es sind Leu-

HEIMFAHRT
profil erreichte
Manfred Weber auf
dem Rückweg von
Brüssel nach Bayern.
Der EVP-Fraktionschef
verbringt corona-
bedingt wieder mehr
Zeit zu Hause.

SORHAN GEETS



te dabei, mit denen man jahrelang kollegial zusammengearbeitet hat, gute Kontakte haben sich entwickelt. Es ist beachtlich, dass die Fidesz-Abgeordneten bei rund 80 Prozent der Abstimmungen im Europaparlament die Linie der EVP mitgetragen haben. Es geht eben nicht darum, dass wir für einen strikten Außengrenzschutz sind oder um die Frage, wie wir nach der Corona-Krise die Wirtschaft wieder flottkriegen. Es geht um Rechtsstaatlichkeit und unsere Grundwerte, wie das christliche Menschenbild der EVP. Das war das fundamentale Problem.

profil: Der akute Auslöser, über eine neue Geschäftsordnung abzustimmen, die die Suspendierung der Fidesz erst möglich macht, war offenbar Tamás Deutsch. Der Fidesz-Europaabgeordnete hat Ihnen „Gestapo-Methoden“ unterstellt. Ist diese geschmacklose Beleidigung schlimmer als der jahrelange Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit in Ungarn?

Weber: Nein, diese Aussagen waren ein Randaspekt. Der entscheidende Anlass war die Tatsache, dass Orbán letztes Jahr ein Veto beim Aufbau eines Rechtsstaatsmechanismus für die Europäische Union angekündigt hat. Ich habe diesen Mechanismus im Wahlkampf für die EVP versprochen, und wir haben in der Fraktion alle dafür gekämpft. Als wir erlebten, dass Orbán sogar bereit ist, ein Veto gegen den Gesamthaushalt der EU einzulegen, wurde deutlich, dass sich der Bruch in Grundsatzfragen nicht mehr kiten lässt. Der Rechtsstaatsmechanismus ist ein Kronjuwel der EU, er bedeutet eine historische Veränderung. Wer keine unabhängige Justiz garantiert, wer die Freiheit der Medien nicht gewährleistet, der kann nicht von EU-Geldern profitieren.

profil: Hat die EVP, die für eine bürgerliche Mitte stehen möchte, etwas aus diesem Streit gelernt – gerade in der Frage, wie mit Rechtspopulisten in den eigenen Reihen umzugehen ist?

Weber: Nachdem die Sozialdemokratie europaweit massiv an radikale linke Parteien verloren hat, steht die Christdemokratie vor der Herausforderung, dass wir überall in Europa rechtspopulistische Parteien haben. In Österreich ist das der Fall, in Spanien, Frankreich und Deutschland. Diese rechtspopulistischen, teils rechtsnationalistischen und rechtsradikalen Strömungen sind in dieser Größenordnung neu. Die Aufgabe der Christdemokratie ist es, die Sachfragen zu lösen und eine klare rote Linie zu definieren. Wir haben in Deutschland lange gebraucht, um richtig auf die AfD zu reagieren, auch als CDU und CSU infolge der Migrationskrise 2015. Was wir daraus lernen müssen: Man kann Rechtspopulisten in der Wahl nicht auch noch überholen. Am Ende sind wir die Parteien der Mitte und demokratischen Rechten

„Ich nehme die Dinge nicht so persönlich.“

und müssen uns von allen Rechtsextremen und Rechtspopulisten deutlich abgrenzen.

profil: Sehen Sie diese klare Trennlinie zu den Rechtspopulisten bei den Konservativen in Österreich noch gegeben?

Weber: Absolut. Sebastian Kurz hat in seiner Regierungszeit mit der FPÖ bei den Fragen, auf die es ankam, etwa im Umgang mit den jüdischen Gemeinden in Österreich oder wenn es um rechtsradikale Äußerungen aus der FPÖ ging oder um die Burschenschaften, einen sehr klaren Trennstrich gezogen. Das verdient Respekt. Er hat auch in der Koalitionsvereinbarung ein sehr klares europäisches Bekenntnis abgelegt.

profil: Kurz ist abseits des europäischen Impfplans nach Israel gereist, um über mögliche Impfstoffliefere



ENDE DER KOMPROMISSE Für Weber ist die Sache mit Fidesz erledigt.

rungen nach Österreich zu sprechen. Schadet diese Reise der europäischen Solidarität?

Weber: Sebastian Kurz hat klargemacht, dass sich diese Aktivitäten nicht gegen die europäische Solidarität stellen und er zur europäischen Impfstrategie steht. Trotzdem will er in seiner Verantwortung für seine Bürger weitere Optionen ausloten. Das macht die Vielfalt Europas aus: dass wir einerseits miteinander gehen und andererseits überlegen, was wir zusätzlich machen können.

profil: Dem neuen CDU-Chef Armin Laschet wird vorgeworfen, sich mit Autokraten wie Wladimir Putin oder Recep Erdoğan gutstellen zu wollen. Hatten Sie seinen Rückhalt bei Ihrer Initiative für die neue Geschäftsordnung?

Weber: Das Vorgehen der Fraktion ist eng mit vielen Parteichefs abgestimmt. Laschet verkörpert eine Politik der Mitte. In seiner neuen Verantwortung als CDU-Parteichef geht er natürlich zunächst auf alle zu und sucht das Gespräch. CDU und CSU haben in der EVP-Fraktion den Entscheidungen geschlossen zugestimmt. In der Fraktion ist die Geschäftsordnung mit

fast 85 Prozent der Stimmen angenommen worden – ein klarer Beleg für die Geschlossenheit.

profil: Die EVP mag einig sein, von der ÖVP kann man das nicht behaupten. Othmar Karas, der seit Jahren für eine Suspendierung der Fidesz kämpft, hat als einziger der sieben ÖVP-Europaabgeordneten für die neue Geschäftsordnung gestimmt. Delegationsleiterin Angelika Winzig argumentiert, man mache Orbán zum Märtyrer, anstatt weiterhin das Gespräch zu suchen. Was entgegnen Sie dem?

Weber: Ich habe überhaupt kein Problem damit, andere Sichtweisen einzubringen. Ich selbst habe ja bis an die Schmerzgrenze versucht, Fidesz einzubinden.

profil: Ins Schema des Rechtspopulismus fällt auch Janez Janša, der Ministerpräsident Sloweniens. Gegen ihn wurde im September 2020 der Vorwurf erhoben, Journalisten zu attackieren. Sebastian Kurz war eine Woche später mit Janša wandern. Wie spricht man jemanden aus der eigenen Parteienfamilie auf so ein Thema an?

Weber: Wenn ich mit Janez Janša als Parteikollege am Telefon spreche, dann mache ich das ehrlich und vertrauensvoll. Er hat in Slowenien eine Koalitionsregierung. Erst vor Kurzem hat er ein Misstrauensvotum im Parlament mit einer klaren Mehrheit gewonnen. Janša hat angeboten, dass er in Sachen Rechtsstaatsmechanismus und Unabhängigkeit der Medien vor den zuständigen Ausschuss des Europaparlaments kommt. Das ist ein wichtiges Zeichen. Er hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angeboten, zum Thema Rechtsstaatsmechanismus eine unabhängige Kommission ins Land zu laden. Ich schätze diese Art von Transparenz, das ist der richtige Ansatz.

profil: Janša spricht offen von einem „Deep State“, das ist eine altbekannte rechte Verschwörungstheorie. Er behauptet, dass eine Clique linker Kräfte den Medien Lügen diktiert. Journalisten berichten profil, dass sie von Janša persönlich auf Twitter attackiert werden; eine Kollegin hat er als „abgenutzte Prostituierte“ bezeichnet. Kann so jemand Teil der EVP sein?

Weber: Die Antwort auf diese Frage setzt eine ordentliche Prüfung der Sachverhalte voraus. Wir dürfen Rechtsstaatsfragen und Medienfreiheit nie parteipolitisch betrachten, wir brauchen einen klaren Bewertungsmechanismus. Deshalb wäre es richtig, wenn die Kommission eine Fact-Finding-Mission nach Ljubljana schickt, um genau zu prüfen, was da vorgeht. Eine Parteipolitisation von Rechtsstaatlichkeit bringt niemanden weiter. Wir brauchen dafür Unabhängigkeit.

profil: Das Spannende bei Janša ist, dass seine diffamierenden Tweets für alle sichtbar sind. Auch seine Deep-State-Theorie hat er öffentlich gemacht. Er sagt ganz offen, dass er einen Kampf gegen die Medien führt und Slowenien von einem Lügenmonopol durchzogen sei. Braucht es da wirklich eine Fact-Finding-Mission, um herauszufinden, was geschieht?

Weber: Ich teile nicht, wie Janša argumentiert. Aber jeder hat das Recht, seine Argumente vorzubringen. Ich bleibe dabei: Es ist nicht Aufgabe von Politikern, Rechtsstaatsfragen zu beurteilen. Es geht nicht darum, ob mir Äußerungen von Politikern gefallen. Die Frage ist, ob in Slowenien jeder Journalist frei arbeiten kann.

Ein Bayer in Brüssel

Manfred Weber, geboren 1972 in Niederbayern, ist seit 2014 Fraktionschef der EVP und seit 2004 Abgeordneter im Europaparlament. Seit 2015 ist Weber zudem stellvertretender Parteivorsitzender der CSU. Bei der Europawahl 2019 trat er für die europäischen Konservativen als Spitzenkandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten an. Zwar gewann die EVP die Wahlen, doch gelang es Weber nicht, eine Mehrheit der Staats- und Regierungschefs von sich zu überzeugen. Auch Viktor Orbán stellte sich gegen Weber. Am Ende verlor er das Rennen gegen seine Landsfrau Ursula von der Leyen (CDU).

profil: Auch das Problem mit Ungarn ist durch den Austritt des Fidesz alles andere als geklärt. Was kann man jetzt tun, damit das Land nicht weiter abgleitet – oder gar den Weg raus aus der EU antritt?

Weber: Die EU muss konsequent sein und die rechtlichen Mittel ausschöpfen – das gilt aber für alle Länder. Bisher gab es kaum Möglichkeiten, etwa bei Justizfragen einzugreifen, weil das eine rein nationale Angelegenheit war. Manche Länder haben sich immer auf die Position zurückziehen können, dass das Europa nichts angehe. Jetzt haben wir das Prinzip verankert, dass Geld nur fließt, wenn es unabhängige Medien gibt. Wir sind am Beginn einer neuen Gesetzgebung. Die zentrale Frage ist jetzt: Hat die EU-Kommission die Kraft und den Mut, das auch anzuwenden? Der erste Fall wäre Polen, gegen das schon ein Artikel-7-Verfahren läuft. Die Kommission hat das initiiert, nun muss der zweite Schritt folgen und der Rechtsstaatsmechanismus greifen.

profil: Mit Blick auf die Bundestagswahlen im September: Kann Schwarz-Grün in Österreich als Vorbild für Deutschland herhalten?

Weber: Ich halte Schwarz-Grün für eine interessante Option, weil es damit gelingen kann, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden, wie wir sie etwa zwischen Tierschutz und Landwirtschaft, Klimaschutz und Industrie haben. Allerdings geht es zuerst darum, den Wählern Alternativen aufzuzeigen. Da muss jeder für seine Positionen werben und die Unterschiede zu den anderen herausarbeiten – die es zwischen uns und den Grünen durchaus gibt. Manches, was die Grünen vorschlagen, würde dem Land schaden.

INTERVIEW: SIOBHÁN GEETS, FRANZISKA TSCHINDERLE

„Der Rechtsstaatsmechanismus ist ein Kronjuwel der EU.“

„Manches, was die Grünen vorschlagen, würde dem Land schaden.“